Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich (IPK)

Satzungen

Vom 2. April 1992
(mit Änderungen bis und mit 19. März 2024)

1. Die in Ziffer 3 genannten Parteien schliessen sich in der Interparteilichen Konferenz des Bezirks Zürich (IPK) zusammen. Der Zusammenschluss dient der Vorbereitung der in Ziffer 2 genannten Wahlen. Ziel der Konferenz ist es, fachlich und persönlich gut qualifizierte Kandidaten und Kandidatinnen vorzuschlagen, die mehrheitlich erkannten Kandidaten gemeinsam zu unterstützen, den Wahlkampf gemeinsam zu führen und Ansprüche ausserhalb der Konferenz stehender Gruppierungen abzuwehren.

Alle nachfolgend erwähnten Ämter können selbstredend mit Frauen und Männern besetzt werden.

2. Als Bezirkswahlen gelten¹:

2.1. Die Wahl der Mitglieder und des Präsidenten des Bezirksgerichts

2.2. Die Wahl der ordentlichen Staatsanwälte im Bezirk Zürich

2.3. Die Wahl des Statthalters und der Mitglieder des Bezirksrates

Stellen mehrere Parteien einen Kandidaten für die Wahl des Präsidenten des Bezirksgerichts oder derjenigen des Statthalters auf, so ergeht kein Wahlvorschlag durch die IPK. Die Parteien können ihre Kandidaten nominieren und einen eigenen Wahlkampf führen.²

3. Der Interparteilichen Konferenz gehören an:³

3.1. AL Alternative Liste

3.2. Die Mitte

3.3. EVP Evangelische Volkspartei

3.4. FDP Freisinnig-Demokratische Partei

3.5. GLP Grünliberale Partei

3.6. Grüne

3.7. SP Sozialdemokratische Partei

3.8. SVP Schweizerische Volkspartei

3.9. Je zwei Delegierte der Amtsinhaber, die dem LdU angehört haben bzw. den Schweizer Demokraten (SD) angehören und keiner IPK-Partei beigetreten sind. Die-

¹ Fassung gemäss Beschluss der IPK vom 2. Juli 2009 (Aufhebung von Ziffer 2 Abs. 1, dort Ziff. 2.4, sowie Abs. 3)

² Fassung gemäss Beschluss der IPK vom 21. November 2017

³ Fassung gemäss IPK-Sitzung vom 19. März 2024

se haben nur beratende Stimme und ein Antragsrecht, aber kein Stimm- und Wahlrecht.

Weitere Parteien können auf ihr Gesuch hin in die IPK aufgenommen werden, wenn zwei Drittel der Konferenzparteien zustimmen, und wenn sie in den zwei vorangegangenen Kantonsratswahlen

- im Bezirk Zürich mindestens ein Mitglied in den Rat abgeordnet haben oder
- im Bezirk Zürich mindestens 5 % Wählerstimmen erreicht haben.

Erfüllt eine Partei diese Voraussetzungen in drei aufeinanderfolgenden Kantonsratswahlen (zwei Amtsperioden) nicht mehr, scheidet sie aus der IPK aus, sofern sie nicht mit einem Mitglied der IPK eine Fraktion bildet. Diesfalls steht der Fraktion eine Stimme zu und werden die Wählerstimmen beider Parteien zusammengezählt.

4.⁴ Die jeder Konferenzpartei zustehende Mandatszahl bestimmt sich - unter Vorbehalt der nachfolgenden Ziffern - nach dem Grundsatz des freiwilligen Proporz. Für die Errechnung der einer Konferenzpartei zukommenden Anzahl von Mandaten sind die Wählerstimmenzahlen der Konferenzparteien bei den letzten Kantonsratswahlen im Bezirk Zürich im Verhältnis untereinander massgebend.⁵

Bei Vakanzen geht der ausgeschriebene Sitz an die am meisten untervertretene Partei; unabhängig davon, ob ein Voll- oder Teilamt ausgeschrieben wird. Wird gleichzeitig ein Vollamt und ein Teilamt ausgeschrieben, so wird der Anspruch der Konferenzparteien zunächst für das Vollamt berechnet und hernach für das Teilamt. Beträgt das Mass der Untervertretung einer Partei nach dem Rücktritt eines von ihr portierten Mandatsträgers mehr als 2 (entspricht -1 Ganzmandat oder -2 Halbmandat) so steht das Mandat wieder dieser Partei zu; unabhängig davon, ob der Rücktritt ein Vollamt oder ein Teilamt betrifft und auch unabhängig davon, ob ein Vollamt oder ein Teilamt ausgeschrieben wird.⁶

5. Voraussetzung für die Anwendung des freiwilligen Proporz ist die gute fachliche und persönliche Qualifikation der Kandidaten für das entsprechende Amt.

Über die Kandidaturen beschliessen die Parteien - wenn nötig nach weiteren Abklärungen - durch Mehrheitsbeschluss.

Die Anforderungen an die fachlichen und persönlichen Qualifikationen der Kandidaten und das Auswahlverfahren für die Wahlen der voll- und teilamtlichen Bezirksrichter und der vollamtlichen ordentlichen Staatsanwälte richten sich nach einem separaten Reglement.⁷

Will sich eine Konferenzpartei ausnahmsweise einem Mehrheitsbeschluss gemäss Ziff. 5 Abs. 2 nicht unterziehen und an ihrer - von den anderen Konferenzparteien abgelehnten - Kandidatur festhalten, so haben die andern Parteien das Recht, Gegenkandidaten zur Wahl vorzuschlagen.

⁴ Fassung gemäss Beschluss der IPK vom 2. Juli 2009

⁵ Auslegung gemäss Protokoll vom 29. September 2009 und Protokoll vom 21. Juni 2011

⁶ Fassung gemäss Beschluss der IPK vom 7. Februar 2012 und gemäss Beschluss der IPK vom 21. November 2017

⁷ Vgl. Reglement vom 2. April 1992 mit Änderungen vom 2. April 2001 und 25. Juni 2024 sowie Anhang I und II

6.⁸ Bei Gesamterneuerungswahlen der Bezirksbehörden sind die bisherigen Amtsinhaber, die sich einer Wiederwahl stellen, ohne Rücksicht auf die Proporzgrundsätze und Mitgliedschaft in der IPK zu unterstützen, sofern nicht im Einzelfall wichtige Gründe dagegen sprechen. Zur Bejahung solch wichtiger Gründe ist die Zweidrittelmehrheit der Konferenzparteien nötig. Das Reglement gemäss Ziff. 5 Abs. 3 vorstehend ist sinngemäss anwendbar.

Allfällige Bedenken hinsichtlich der Wiederwahl eines bisherigen Amtsinhabers sind anlässlich einer mindestens sechs Monate vor dem entsprechenden Wahltermin stattfindenden Sitzung bekannt zu geben.

Allfällige Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, die nicht Mitglied einer IPK-Partei sind, sind verpflichtet, sich an den Kosten für die Wahlen im Verhältnis ihrer prozentualen Vertretung an der Wahl zu beteiligen.

7. Eine nach den Ziffern 5 - 6 trotz ihres Anspruchs nicht berücksichtigte Partei hat bei der nächsten Vakanz - gute Qualifikationen ihres Kandidaten vorausgesetzt - das Vorrecht gegenüber jeder andern, weniger untervertretenen Partei.

8. In der Konferenz wird nach Parteien abgestimmt; jede Partei hat ohne Rücksicht auf ihre Stimmkraft und Zahl der Delegierten eine Stimme. Der Stimmrechtsdelegierte wird von Fall zu Fall bestimmt (in der Regel der Parteipräsident).

Jede Partei wählt nach ihren eigenen Satzungen vier Delegierte. Sie sind auf mindestens zwei Jahre zu wählen und dem Konferenzpräsidenten zu melden. An den Sitzungen der Konferenz sind die Parteien mit je höchstens vier Delegierten zugelassen.

9. Die Parteien wählen auf die Dauer von zwei Jahren einen Konferenzpräsidenten⁹. Dieser erlässt die Einladungen zu den Sitzungen und führt zusammen mit seinem Sekretär, der von der Partei zu stellen ist, die Geschäfte. Er vertritt die IPK nach aussen, auch gegenüber den Medien. Der Sekretär führt ein Beschlussprotokoll. In Ausnahmefällen werden einzelne Äusserungen auf Verlangen ausführlich protokolliert.

Bei den Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der Stimmenden, wenn es die vorliegenden Satzungen nicht anders bestimmen. Bei Stimmgleichheit der Parteien hat der Konferenzpräsident den Stichentscheid. Ist die Partei, welcher der Präsident angehört, mit einem Kandidaten vom Stichentscheid betroffen, so wird die entsprechende Abstimmung durch einen von der Konferenz zu wählenden ad hoc-Vorsitzenden, dessen Partei keinen von der Abstimmung betroffenen Kandidaten hat, geleitet.

Für Satzungsänderungen ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Konferenzparteien erforderlich.

10. Die Wiedererwägung eines Konferenzbeschlusses ist nur ausnahmsweise und nur aus wichtigen Gründen zulässig. Wichtige Gründe liegen z.B. vor, wenn hinterher relevante Tatsachen auftauchen, die an der beschliessenden Konferenzsitzung nicht be-

⁸ Fassung gemäss IPK-Sitzung vom 3. April 2000

⁹ Fassung gemäss IPK-Sitzung vom 3. April 2000

kannt waren und eine andere Beurteilung der Sache veranlasse hätten, wenn sie berücksichtigt worden wären.

Wiedererwägungsanträge sind begründet und mit einem genauen Antrag versehen so rechtzeitig einzubringen, dass sie vom Präsidenten traktandiert werden können. Zur Gutheissung ist eine Zweidrittelmehrheit der Stimmenden erforderlich.

11. Jede Konferenzpartei kann beim Präsidenten unter genauer Bezeichnung der verlangten Traktanden die Einberufung einer Sitzung verlangen.

12. Die Kosten der Wahlen sind von den Konferenzparteien jeweils im Verhältnis ihrer Beteiligung an der Wahl zu tragen. Für die Wahl des Statthalters und der Bezirksräte gilt folgender Schlüssel:

- Statthalter 30%)
- pro Bezirksrat (fünf) 12%) der gesamten Kosten
- pro Ersatzbezirksrat (zwei) 5%)

Die Partei, die den Konferenzpräsidenten stellt, besorgt die übliche Wahlpropaganda, schießt die Wahlkosten - soweit möglich - vor und erhebt diese nach dem beschlossenen Verteiler von den Konferenzparteien.

13. Die Beratungen der Konferenz sind nicht öffentlich. Die Delegierten sind gegenüber der Öffentlichkeit zur Verschwiegenheit verpflichtet, insbesondere was die Angaben über Kandidaten betrifft.

19. April 2024

IPK Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich

Reglement für die Auswahl der Kandidaten für alle über eine Volkswahl auf Bezirksebene zu besetzenden Ämter im Bezirk Zürich

Vom 2. April 2001

(mit Änderungen bis und mit 19. September 2017: redaktionell angepasst - Umbenennung der Bezirksanwaltschaft in Staatsanwaltschaft - am 02. Juni 2007; Änderung des Titels zwecks Altersbegrenzung am 2. Oktober 2008; Änderung Ziffer 5 neu bis 67. Geburtstag; Ergänzung/Änderung Ziffer 2 am 19. September 2017; Änderung Ziffer 5 Anpassung an § 32 Abs. 4 GPR/Altersbegrenzung bis 68 am 25. Juni 2024)

1. Kandidaten für das Amt eines voll- oder teilamtlichen Bezirksrichters oder Staatsanwalts haben sich über persönliche Eignung, ausreichende juristische Ausbildung und berufliche Bewährung entsprechend den von der IPK aufgestellten Anforderungsprofilen (Anhang I und II) auszuweisen.

2. Sie haben hiezu einen Lebenslauf mit Angaben über Ausbildung und bisherige Berufstätigkeit (bei Bezirksrichtern auch über Interessenbindungen), schriftliche Arbeitszeugnisse, die sich über die Eignung des Kandidaten aussprechen, einen aktuellen Strafregisterauszug und eine Fotografie einzureichen und Referenzen anzugeben. Der Vorsitzende holt von sich aus oder gemäss Beschluss der IPK Referenzauskünfte ein. Diese Unterlagen sind von der Partei des Kandidaten zu vervielfältigen und den andern Konferenzparteien rechtzeitig vor der Beschlussitzung zuzustellen.

3. Die Kandidaten haben sich in einer Sitzung der Konferenz persönlich vorzustellen, wenn darauf nicht von allen Parteien verzichtet wird. Jede Partei ist berechtigt, Auskunftspersonen zu bezeichnen, die unter Ausschluss der Kandidaten anzuhören sind. Der Kandidat hat das Recht, zu negativen Auskünften von solchen Auskunftspersonen Stellung zu nehmen. Bei Bedarf trifft die IPK weitere Abklärungen.

4. Bei der Wiederwahl bisheriger Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber gelten die Anforderungen an die fachliche und persönliche Eignung sinngemäss wie bei der Erstwahl.

5. Kandidaten und Kandidatinnen für das Amt eines Bezirksrats oder eines Ersatzmitglied des Bezirksrats, einer Staatsanwältin oder eines Staatsanwalts, der Statthalterin oder des Statthalters, die im Laufe der bevorstehenden Amtsdauer das 68. Altersjahr vollenden, haben auf Verlangen der IPK eine Erklärung abzugeben, dass sie spätestens auf Ende des Monats, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden, zurücktreten. Wer im Zeitpunkt einer Gesamterneuerungswahl das 68. Altersjahr bereits vollendet hat, wird nicht mehr nominiert.

Bezüglich der Kandidaten und Kandidatinnen für das Amt eines voll- oder teilamtlichen Bezirksrichters wird auf § 32 Abs. 4 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR; LS 161) verwiesen.

Anhang I: Anforderungsprofil für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vom 2. April 2001

Anhang II: Anforderungsprofil für Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter vom 2. April 2001

IPK Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich

Anhang I

Zum Reglement für die Auswahl der Kandidaten als voll- und teilamtliche Mitglieder des Bezirksgerichts und der Staatsanwaltschaft im Bezirk Zürich in der Fassung vom 2. April 2001
(redaktionell angepasst - Umbenennung der Bezirksanwaltschaft in Staatsanwaltschaft - am 02.07.2007 und am 02.07.2009)

Anforderungsprofil für Staatsanwältinnen und -anwälte

I. Fachliche Voraussetzungen

1. Ausbildung

- juristischer Hochschulabschluss
- zusätzliche Fachausweise wie RA-Patent, Doktorat, LLM etc. wünschenswert
- Kurse über Führung, Verhandlungsführung und Rhetorik etc. wünschenswert

2. Praxis

- in der Regel mindestens dreijährige erfolgreiche Praxis in Rechtspflege bzw. Advokatur, wobei die Gerichtspraxis in der Regel mindestens ein Jahr betragen soll
- mehrmonatige Praxis als juristische/r Sekretär/in (Substitut/in) bei einer Strafverfolgungsbehörde wünschenswert
- vorzugsweise einige Monate Praxis als Auditor/in bei einer Strafverfolgungsbehörde oder vergleichbare Tätigkeit.

II. Persönliche Voraussetzungen

Auf Grund des bisherigen beruflichen, privaten und politischen Verhaltens Gewähr bieten für

- innere und äussere Unabhängigkeit in der Amtsführung (auch gegenüber der nominierenden politischen Partei)
- besondere Sensibilität hinsichtlich Unparteilichkeit, Vertraulichkeit und Respekt vor der Würde des Menschen
- effiziente und fachgerechte Förderung der Verfahren

Besonders Wert gelegt wird auf

- gefestigte, verantwortungsbewusste und initiative Persönlichkeit
- Entscheidungsfreudigkeit und Durchsetzungsfähigkeit
- problemlösungsorientierte Arbeitsweise
- Verhandlungsgeschick zur Erzielung und Erhaltung von Rechtsfrieden
- besondere Belastbarkeit zur Führung von mehrdimensionalen Projekten Phantasie und Kreativität
- hohe Sozialkompetenz
- besondere Sensibilität für die öffentliche Sache (Medien !)
- Teamfähigkeit und Kollegialität
- gepflegtes Auftreten
- Bereitschaft zur freiwilligen Weiterbildung in persönlicher und fachlicher Hinsicht

IPK Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich

Anhang II

Zum Reglement für die Auswahl der Kandidaten als voll- und teilamtliche Mitglieder des Bezirksgerichts und der Staatsanwaltschaft im Bezirk Zürich in der Fassung vom 2. April 2001
(redaktionell angepasst - Umbenennung der Bezirksanwaltschaft in Staatsanwaltschaft - am 02.07.2007)

Anforderungsprofil für Bezirksrichterinnen und -richter

1. Fachliche Voraussetzungen

1. Ausbildung

- juristischer Hochschulabschluss
- zusätzliche Fachausweise wie RA-Patent, Doktorat, LLM etc. wünschenswert
- Kurse über Führung, Verhandlungsführung und Rhetorik etc. wünschenswert

2. Praxis

- mindestens dreijährige erfolgreiche Praxis in Rechtspflege bzw. Advokatur, wobei die Gerichtspraxis in der Regel mindestens ein Jahr betragen soll
- Erfahrung als Obergerichtssekretär/in, Ersatzrichter/in oder Staatsanwalt/anwältin wünschenswert

II. Persönliche Voraussetzungen

Auf Grund des bisherigen beruflichen, privaten und politischen Verhaltens Gewähr bieten für

- innere und äussere Unabhängigkeit in der Amtsführung (auch gegenüber der nominierenden politischen Partei)
- besondere Sensibilität hinsichtlich Unparteilichkeit, Vertraulichkeit und Respekt vor der Würde des Menschen
- effiziente und fachgerechte Förderung der Prozesse

Besonders Wert gelegt wird auf

- Belastbarkeit
- gefestigte und verantwortungsbewusste Persönlichkeit hohe Sozialkompetenz
- effiziente Arbeitsweise
- Teamfähigkeit und Kollegialität
- organisatorische Fähigkeiten
- Verhandlungsgeschick zur Erzielung und Erhaltung von Rechtsfrieden Führungsfähigkeiten
- gepflegtes Auftreten
- vielseitige Interessen
- Bereitschaft zur freiwilligen Weiterbildung in persönlicher und fachlicher Hinsicht